

Steigerung der Mindestlöhne

Die Regierung wird die Mindestlöhne um ca. 16 Prozent anheben. Dies teilte Syaufi'i Syamsuddin, der Generaldirektor für Arbeitsbedingungen und industrielle Beziehungen, mit. Da die exakten Daten noch nicht feststünden, wolle er diesbezüglich vorläufig keine detaillierteren Angaben machen. Die Erhöhung werde sich jedoch voraussichtlich an der Mindestlohnsteigerung vom vergangenen Jahr orientieren, erklärte Syamsuddin. Er gab zu, dass die Kaufkraft der meisten Arbeiter Indonesiens sehr schwach sei. Syamsuddin ge-

stand sogar ein, die Arbeiter seien nicht einmal in der Lage, von ihrem geringen Gehalt die Grundnahrungsmittel zu finanzieren. »Wie können Arbeiter in einer Fabrik in Jakarta ihre täglichen minimalen Bedürfnisse befriedigen, wenn ihnen 231.000 Rupien im Monat gezahlt werden«, sagte er. Andererseits zeigte er Verständnis für die Firmen, die »aufgrund der schlechten ökonomischen Lage kaum in der Lage seien, große Gehaltserhöhungen zu zahlen«.

Syamsuddin sagte außerdem im Kontext der Konvention

der internationalen Arbeitsorganisation (ILO), den vier Millionen Staatsbeamten sei es nunmehr unbenommen, die Mitgliedschaft in Korpri (Indonesisches Staatsbeamtenkorps) abzulehnen und eine separate Union zu gründen, wenn sie es wünschten. »Die Regierung hat nicht mehr das Recht, die Staatsbeamten davon abzuhalten, politischen Parteien beizutreten oder sie zu zwingen, Korpri zu akzeptieren, da dies die ILO-Konventionen missachtet«, sagte er. Allerdings sollen Militär und Polizei weiterhin von dieser Regelung

nachrichten

ausgeschlossen werden, da es zu gefährlich sei, wenn Soldaten das Recht hätten, politischen Parteien beizutreten und ihre eigenen Vereinigungen zu bilden.

vgl. *Kompas, Jakarta Post*
25.01.2000

Maßnahmen gegen Rassismus gefordert

Ester Jusuf, der Vorsitzende der Nichtregierungsorganisation für Solidarität (SNB), der sich speziell mit dem Problem des Rassismus beschäftigt, hat dem Parlament (DPR) einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die in der Verfassung verankerten, als diskriminierend geltenden Punkte entfernen versucht. Jusuf forderte die Regierung und den DPR dazu auf, die Gesetze gegen Diskriminierung zu implementieren, um die Einheit des Staates mit seiner Vielfalt an ethnischen Gruppen zu gewährleisten. Laut Jusuf ist

Indonesien das einzige Land, das über solche diskriminierende Paragraphen in seiner Verfassung verfügt.

»Bis jetzt ist die rassistische Staatspolitik noch nicht beendet, weil die Gesetze, die nach Rassismus riechen, noch nicht zurückgezogen wurden«, sagte Jusuf. »Es besteht die Gefahr, dass Indonesien sich vor dem internationalen Gerichtshof verantworten muss, wenn der Staat diese rassistische Politik fortsetzt«, fügte er hinzu.

vgl. *Kompas, Republika* 01.02.2000.

Inflation steigt erneut

Nach einer Phase der Deflation in den letzten Monaten des Jahres 1999 hat das zentrale Statistikbüro (BPS) im Januar 2000 eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,32 Prozent ermittelt. Der Vorsitzende des BPS, Sugito Suwito, gab als Hauptgrund für den Anstieg der Inflation die Verteuerung einiger Grundnahrungsmittel an. Insbesondere die Preise für Reis, Hühnerfleisch, rote Pfefferschoten, Fisch, Eier und Bohnen erhöhten sich zwischen 0,02 und 0,27 Prozent. Weiterhin waren die Getränke- und Tabakindustrie, der Ge-

bäude-, Transport-, Kommunikations- und Gesundheitssektor von der Inflation betroffen. Lediglich der Bereich der Erziehung und des Sports erfuhren eine geringe Deflation von 0,01 Prozent. Auf der Insel Sumatra lag die höchste Inflationsrate in Medan mit 3,72 Prozent, auf Java waren Jember und Semarang mit 1,86 bzw. 1,58 Prozent am stärksten betroffen. Außerhalb dieser Inseln nahm Ternate mit 7,18 Prozent die Spitzenposition der Inflationsrate ein.

vgl. *Kompas, The Jakarta Post*
31.01.2000

Golkar setzt alten Kurs fort

Trotz der insgesamt gestiegenen Bereitschaft der indonesischen Regierung zu größerer politischer Freiheit gegenüber ethnischen Minderheiten, Randgruppen und politisch Verfolgten weigert sich die unter Expräsident Soekarno gebildete Partei Golkar, das vor 34 Jahren implementierte Dekret zum Verbot des Kommunismus und Marxismus aufzuheben. Der Vorsitzende des Zentralkomitees Golkars, Agung Laksono, sagte, die Meinung Golkars in diesem Punkt sei unwiderruflich. Das Dekret war 1965 nach dem Putschversuch der Kommunisten erlassen worden, verbietet jegliche kommunistische sowie marxistische Lehre in Indonesien und verbannt alle politischen Parteien, die dieser Richtung angehören. So wurden zu dieser Zeit ebenfalls die Aktivitäten

der ethnischen Chinesen stark eingeschränkt, da man den Verdacht hegte, sie hätten auch eine Rolle in dem Putschversuch gespielt.

Agung meinte daraufhin, man habe ihn informiert, dass verschiedene Gesetzgeber den Vorschlag erhalten hätten, das Dekret von 1965 zu widerrufen. Er führte dies auf die »laxe« politische Atmosphäre der neuen Regierung zurück, in der sogar politische Gefangene, die mit der kommunistischen Bewegung in Verbindung stünden, wieder auf freien Fuß gesetzt würden. Er warnte das Volk, sich nicht von dem Argument der Demokratisierung und der Wahrung der Menschenrechte dazu verleiten zu lassen, den Kommunisten erneut die politische Bühne zu überlassen.

vgl. *Kompas, Republika* 01.02.2000.

Verbesserung der Beziehungen zu Australien

Der australische Premierminister John Howard hat die Absicht des indonesischen Präsidenten Wahid begrüßt, Australien im März diesen Jahres zu besuchen. Er sieht die Zusammenkunft als ersten notwendigen Schritt an, um die durch den Osttimor Konflikt gestörte Beziehung wieder zu kitten. Howard wandte allerdings ein, dass beide Länder noch Zeit benötigten, um die jeweilige Politik dem Osttimor Problem ge-

genüber erneut zu überdenken. Der australische Außenminister Downer hatte seinerseits in der letzten Januarwoche das Interesse seines Staates an der Aufarbeitung des Osttimor Konflikts bekundet. Laut Howard wird der Besuch des indonesischen Präsidenten in Australien der erste seit Mitte der 70er Jahre sein. Das Treffen zeige den Willen beider Staaten, sich gegenseitig zu respektieren, sagte Howard. vgl. *Kompas*, 25.01.2000

nachrichten

Autonomie für Provinzen?

In der Frage, ob ein föderales System oder ein Einheitsstaat die günstigere Lösung für Indonesien sei, schieden sich die Geister. Der Experte für Staatsrecht Harun Alrasid betonte, dass Regionen, die in der Vergangenheit einen unabhängigen Staat gebildet haben, nie erfolgreich waren. Auch Osttimor sei nun lediglich aufgrund der Entscheidung des Expräsidenten B.J. Habibie unabhängig, der das Parlament nicht konsultiert habe. »Jede Provinz, die so wie Osttimor noch vor kurzem die Unabhängigkeit angestrebt hat, wird von mir die Antwort erhalten:

Das ist unmöglich«, sagte Harun während einer Lesung des Seminars »Bewertung der Autonomie gegenüber der Föderation«, die am 06. Februar stattfand. Wenn Regionen nach Autonomie strebten, so Harun, sei dies immer ein Zeichen dafür, dass eine Nation noch keine Reife erlangt habe. Der Experte für Seefahrtsrecht Djatal sowie General Lumintang sprachen sich ebenfalls eindeutig für einen Einheitsstaat aus: »Eine Nation wäre für einen Archipel wie Indonesien am besten«, meinte Lumintang. »Ein föderales System würde nur für Verwirrung über die Seefahrtsgrenzen sorgen«, sagte er. Hingegen konterte der Politologe Maswadi: »Die Regionen haben ihr Vertrauen in einen Einheitsstaat verloren. Die Zentralregierung unternimmt keine Schritte, um die Regionen mit einer weitgefassen Autonomie auszustatten. Ich habe der Regierung vorgeschlagen, das föderale System auszuprobieren, weil die Regionen den Politikern in der zentralen Regierung nicht mehr vertrauen. Also zwingt ihnen das Ein-Nationen-Konzept nicht auf«, sagte Maswadi.

vgl. Kompas, Banjarmasin Post
07.02.2000.

Einschätzung Megawatis zu politischen Unruhen

Laut Vizepräsidentin Megawati wird es in Anbetracht der emotionalen, irrationalen Atmosphäre voller Misstrauen in verschiedenen Gebieten Indonesiens nicht einfach sein, die diversen religiösen und ethnischen Gruppen wieder friedlich zu stimmen. Megawati nannte dieses Problem schwierig, aber nicht völlig unlösbar. Wenn sich erst das Bewusstsein einstelle, dass alle Gruppen einander benötigten, um sich den Herausforderungen der Zukunft gemeinsam stellen zu können, würde man sich sicherlich wieder um Harmonie innerhalb der Gesellschaft bemühen, meinte sie anlässlich der nationalen Konferenz zur Errichtung eines neuen Indonesien in Bukittinggi, Westsumatra.

»In den letzten zwei Jahren hat es viele Aufstände und Unruhen in mehreren Teilen unse-

res Landes gegeben, die dazu geführt haben, dass die Verbindungen zwischen uns immer mehr abgerissen sind«, sagte Megawati. »Aber die Unruhen zwischen den Gruppen, zu denen es in der letzten Zeit gekommen ist, sind entweder direkt oder indirekt mit der Wirtschaftskrise sowie der politischen Unsicherheit, die davor geherrscht hat, verbunden. Die Spannungen sind temporär, und wir werden sie gut überstehen«, fügte sie hinzu. Sie kündigte allerdings nicht an, welche Maßnahmen sie und Gus Dur konkret zur Wiederherstellung der Harmonie ergreifen werden. Sie sprach lediglich von ihrer Hoffnung, dass sich eventuell aus zukünftigen Konferenzen und Diskussionen wichtige Gedanken für das Volk und den Staat ableiten lassen.

vgl. Kompas 25.01.2000

Gus Dur suspendiert General Wiranto

Nach einigem Tauziehen setzte sich der indonesische Präsident Abdurrahman Wahid (genannt Gus Dur) mit seiner Forderung durch, General Wiranto von seinem derzeitigen Kabinettposten als koordinierenden Minister für Sicherheit und Verteidigung abzusetzen. Wiranto war als einer der Hauptverantwortlichen für die Massaker in Osttimor nach dem Unabhängigkeitsreferendum im Herbst 1999 unter massive Kritik aus dem In- und Ausland geraten. Nachdem auch die staatliche indonesische Menschenrechtskommission KPP HAM in ihrem Untersuchungsbericht General Wiranto als Verantwortlichen für die Gewalttaten bezeichnete,

forderte der sich zu Verhandlungen in Europa befindende Gus Dur seinen Minister von dort aus zum Rücktritt auf.

Zunächst lehnte Wiranto diese Aufforderung kategorisch ab und wies alle Vorwürfe zurück. Erst als der Präsident wieder in Jakarta war, konnte der General zum Rücktritt bewegt werden. Er blieb im Kabinett, nun allerdings als Minister ohne Geschäftsbereich.

Beobachter werteten die Absetzung Wirantos als Beweis dafür, dass Gus Dur willens und fähig ist, seinen Demokratisierungskurs auch gegen militärischen Widerstand durchzusetzen.

vgl. Kompas online, 14.02.2000

Wiederaufbau in Ambon

Die Regierung wird ungefähr 20 Moscheen und Kirchen wiederaufbauen sowie 3.000 Häuser in Ambon neu errichten, sagte M Saleh Latuconsina, der Gouverneur der Molukken. Finanziert wird das Projekt vorwiegend von der Zentralregierung. Neben der Erbauung religiöser Gebäude und privater Häuser sollen ebenfalls ökonomische Zentren wie z.B. Märkte an mehreren Orten entstehen, um Handel und Wirtschaft wieder zu bele-

ben. Der Gouverneur bewertete die Unterstützung als ersten wichtigen Schritt zur Beruhigung der Lage in Ambon. Die Moschee An'Nur sowie die Kirche Silo können wahrscheinlich am schnellsten wieder aufgebaut werden, da sie als einzige über ein Grundkapital von 150 Millionen Rupien verfügen und von der Regierung dieselbe Summe noch einmal erhalten.

vgl. Kompas; The Jakarta Post
07.02.2000.

IMF Unterstützung

Der internationale Währungsfond (IMF) hat sich am 4. Februar 2000 dazu bereit erklärt, Indonesien mit fünf Milliarden US Dollar für die nächsten drei Jahre zu unterstützen. Mit dem geliehenen Geld sollen strukturelle und ökonomische Reformen durchgeführt werden. Der IMF begründete seine Entscheidung damit, Indonesien müsse in seinem Vorhaben bekräftigt werden, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, eine niedrige Inflationsrate zu halten, die Staatsschulden zu verringern und das Verhältnis zum Privatsektor zu normalisieren. Die indonesische Regierung habe außerdem durch ihre Programme im finanziellen Bereich wie z.B.

der Restrukturierung des Bankensektors an Glaubwürdigkeit gewonnen. Der IMF schätzte ebenfalls den Plan der Regierung, mehr Geld für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auszugeben. So sollen Programme zur Verminderung der Armut entwickelt und somit besonders arme Familien mit Grundnahrungsmitteln versorgt werden. An dem sogenannten Reformprogramm der indonesischen Regierung sind außer dem IMF die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) sowie der japanische Staat mit finanziellen Beiträgen maßgeblich beteiligt.

vgl. Kompas; Republika
07.02.2000.